

Rhein- und Lothar-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Nastätten.

Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lothar-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 2.50, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 7.50. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Anzeigen finden im „Rhein- und Lothar-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die 6-gelaperte Nonpareil-Beilage oder deren Raum mit 50 Pfg., die Restbeilage mit Mk. 2.— berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878.

Druck und Verlag: Müllersche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten.

Begründet 1878.

Nr. 123

Nastätten, Dienstag, den 18. Oktober 1921

44. Jahrgang

Was wir verlieren sollen.

Die Folgen der Zerreißung des Industriegebietes.

Der preussische Handelsminister erklärte, daß die vom Völkerbundsrat vorgeschlagene Grenzlinie in Oberschlesien für uns in bergwirtschaftlicher Hinsicht folgende Verluste bedeuten würde:

Aus Kohlenvorräten würde Deutschland 88 Prozent der ober-schlesischen bzw. 42,5 Prozent seiner gesamten bis 1500 an Tiefe anstehenden, gewinnbaren Steinkohlenvorräte verlieren.

Ferner würden an Polen 64 Prozent der ober-schlesischen Steinkohlenförderung verloren gehen, was nach den Förderungsergebnissen des letzten Friedensjahres 1918 einen jährlichen Förderausfall von rund 28 Millionen Tonnen Steinkohlen bedeuten würde. Dies wäre um so gefährlicher, als viele der deutsch-bleibenden Gruben schon sehr stark abgebaut sind, und deren Produktion von Jahr zu Jahr abnehmen wird, während die angeblich an Polen fallenden Steinkohlenwerke über unerschöpfliche Kohlenreserven verfügen und die Möglichkeit für eine fast unbegrenzte Steigerung ihrer Förderung besitzen.

Die gesamte ober-schlesische Zinkproduktion ginge verloren, die im letzten Friedensjahr 1918 etwa 17,1 Prozent der Weltproduktion und mehr als 60 Prozent der deutschen Zinkproduktion lieferte; denn 88,8 Prozent der ober-schlesischen Zinkförderung und sämtliche Kupfererzstätten kämen an Polen, ebenso würden 70,4 Prozent der ober-schlesischen bzw. 27 Prozent der ganzen deutschen Erzförderung einschließlich der darin enthaltenen Silbererze verloren gehen.

Ueber die ober-schlesische Eisenindustrie, die im letzten Friedensjahre 1918 rund 2 680 000 Tonnen Eisen- und Stahlerzeugnisse geliefert hat, liegen noch keine genaue Daten vor, doch müßte auch hier mit einem Verlust von mehr als 63 Prozent zu rechnen sein, falls die angedeutete Teilungslinie den Tatsachen entsprechen sollte.

Und dabei handelt es sich hier nur, wie nochmals betont sei, um die rein bergwirtschaftlichen Verluste, die uns drohen, was uns sonst noch alles verloren geht, ist hier noch gar nicht mitgerechnet.

Die Erregung im Volke.

Durch das ganze deutsche Volk geht eine Welle der Erregung und des Protestes gegen die neue Gewalttat, die man uns antun will. Überall finden Protestversammlungen statt, Verbände aller Art geben ihrem Willen, die Genfer Entscheidung niemals annehmen zu wollen, schärfsten Ausdruck. Am höchsten gehen die Wogen der Erregung natürlich in dem bedrohten Gebiete selbst, wo die Interalliierte Kommission durch drakonische Zeitungs- und Versammlungsverbote zu dämmen sucht. In zahlreichen Entschiedenheiten und Telegrammen äußern die verschiedensten Organisationen ihre ernsten Besorgnisse, ihren Unwillen und ihre Wünsche. So heißt es in einem Telegramm des Gewerkschaftsrings an den Generalsekretär des Völkerbundes:

„Es gibt in Oberschlesien keinen Arbeiter, Angestellten und Beamten, der die Teilung Oberschlesiens wünscht. Wir erwarten eine Entscheidung, die der völkischen und wirtschaftlichen Eigenart des Landes gerecht wird. Unfähigkeit Glend würde durch die Teilung des Industriegebietes über die hiesige Arbeiter-, Angestellten- und Beamenschaft hereinbrechen. Tausende werden durch eine Teilung Oberschlesiens von ihrer Arbeitsstelle abgeschnitten, andere Tausende zur Auswanderung gezwungen. Wir richten an den Völkerbundsrat das Ersuchen, Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland zu belassen und eine Kommission von Sachverständigen nach Oberschlesien zu entsenden, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu prüfen.“

Die in Dppeln versammelten Bürgermeister der ober-schlesischen Städte richteten ein Telegramm an die Mitglieder des Obersten Rates, in dem sie in letzter Stunde entschiedenen Widerspruch gegen eine Zerreißung Oberschlesiens erheben, die zu seinem Untergang führen muß oder zur Trennung vom deutschen Vaterlande.

Der schlesische Städtetag sagt in einem Telegramm an den Reichstagsler:

„Schlesiens gesunde Kraft beruht nicht zuletzt in dem Deutschbewußtsein seiner

Städte. Wer sie mit frevelnder Hand auseinanderreißt, raubt ihnen die auf gemeinsamer Arbeit beruhende Lebensfähigkeit und vergeht sich gegen Recht und Gerechtigkeit, Treue und Glauben, gegen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft an einem Volk, das wehrlos, trotz allem aber des Glaubens ist, die Weltgeschichte sei das Weltgericht.“

Machtvolle Massenkundgebungen

fanden in Schlesiens Hauptstadt, in Breslau, statt, in denen stammender Protest gegen die Entscheidung des Völkerbundsrats erhoben wurde. Die zahlreichen Redner aller Parteien gaben der Hoffnung Ausdruck, daß sich das Weltgewissen noch regen werde. Das schreiende Unrecht, das dem deutschen Volke widerfahren soll, müsse gemildert werden. Ein ungeteilt es Oberschlesien müsse gefordert werden. Eine entsprechende Entschlieung wurde einstimmig angenommen.

Auch aus den übrigen Teilen des Reiches laufen zahllose Protesttelegramme ein, die keinen Zweifel darüber lassen, daß sich das ganze deutsche Volk in der Abwehr der Genfer Beschlüsse einigt.

Die Interalliierte Kommission warnt.

Das Oberschlesienland gleicht einem Vulkan, dessen Ausbruch stündlich zu erwarten ist. Die Erregung ist auf höchste gestiegen. Die von Genf auslaufenden Gerüchte über eine Teilung Oberschlesiens, die allem Recht im Gesicht schlägt, hat eine ungeheure Beunruhigung unter der deutschen Bevölkerung hervorgerufen. Die Geschäftsleute kehren von ihren Reisen zurück; die Häge sind überfüllt — alles wartet mit erregter Spannung auf das endgültige Urteil des Obersten Rates. Zur Verstärkung der Unruhe dient noch der provozierende Pressekampf der polnischen Blätter, die natürlich auch gegen die Teilungsgerüchte wettern und stürmischer denn je den größten Papen des Bratens fordern.

Die Interalliierte Kommission, die es ja angeblich immer so gut verstanden hat, für Ruhe und Ordnung im Abstimmungsgebiet zu sorgen, fühlt auch jetzt wieder ihre Stunde gekommen und erläßt einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Verfälschte Meldungen haben der Presse Veranlassung zu Kundgebungen gegeben, die geeignet sind, die öffentliche Ordnung zu stören. Die Entscheidung muß vor allem in Ruhe und Ordnung angenommen werden. Die Interalliierte Regierungen-Kommission wird jeder Herausforderung, woher sie auch kommen möge, rücksichtslos entgegenzutreten.“

Uebrigens scheint der Interalliierten Kommission der Inhalt der Genfer Entscheidung bereits mitgeteilt worden zu sein. Sicher hat sie genaue Instruktion für die Zeit der Bekanntgabe der Entscheidung des Völkerbundsrats erhalten. Danach sind die Besatzungstruppen in dauernder Alarmbereitschaft an zentral gelegenen Plätzen zu halten und Transportmittel in so reichlicher Menge bereitzustellen, daß eine Verschickung und ein Eingreifen an anderen Stellen sofort erfolgen kann. Die Grenzen sind hermetisch abzuschließen. Ueber Gebiete, in denen Unruhen vorkommen, ist sofort der Belagerungszustand zu verhängen.

England stimmt dem Genfer Vorschlag vorbehaltlos zu.

Balfour, das englische Mitglied des Völkerbundsrats, ist es nach seiner Rückkehr aus Genf gelungen, das englische Kabinett völlig auf seine Seite zu bringen. Nachdem der englische Ministerrat in einer außerordentlichen Sitzung am Freitag den Bericht Balfours angehört hatte, nahm er ohne Einschränkung die vorgeschlagene Lösung des Problems an.

Die englische Regierung nahm also nicht nur die vom Völkerbund beschlossene Grenzfestsetzung an, sie stimmte auch allen wirtschaftlichen Empfehlungen zu, ohne gewisse Grundsätze aufzustellen, die geeignet wären, der Lage Rechnung zu tragen.

Die Bekanntgabe der Entscheidung.

und ihre Veröffentlichung wird noch etwas verzögert durch einige Verhandlungen, die noch zwischen Frankreich und England zur Erzielung eines Einverständnisses über gewisse Einzelheiten gepflogen werden. Doch kann bereits gesagt werden, daß die Alliierten über die großen Linien schon zu einem Uebereinkommen gelangt sind. Nachdem von Briand voraeschlagenen Verfahren

wird die Völkervereinigung im Namen der von ihr vertretenen Regierungen die Entscheidung des Völkerbundes prüfen, und wenn sie diese bekräftigt, sie der deutschen und polnischen Regierung bekanntgeben während gleichzeitig die Interalliierte Kommission in Dppeln benachrichtigt werden soll sofort Maßnahmen zu ergreifen, die die Durchführung des Völkerbundsbeschlusses verlangt. Am Tage nach dem Zusammentritt der Völkervereinigung wäre es dann möglich, Berlin und Warschau den Schiedsspruch vielleicht schon am Dienstag bekanntzugeben und daß die Entscheidung von der Interalliierten Kommission in Dppeln am kommenden Donnerstag tatsächlich zur Durchführung gelangt ist. Die englische Regierung hat der französischen Regierung Mitteilung gemacht, daß sie deren Vorschläge annehme.

Ab Donnerstag Besetzung durch Deutschland und Polen.

Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ sollen diplomatische Kreise in Berlin dahin informiert sein, daß die Alliierten am Dienstag der deutschen Regierung die Entscheidung über die Aufteilung Oberschlesiens offiziell notifizieren werden. Die Notifikation soll gleichzeitig in Berlin und Warschau erfolgen. Gleichzeitig sollen die deutsche und die polnische Regierung aufgefordert werden, am Donnerstag mit der Besetzung und der Verwaltung der ihnen nach der Aufteilung Oberschlesiens zugesprochenen Gebiete zu beginnen.

Polnische Wirtschaft.

Wie die Polen selbst darüber denken.

Der Völkerbund will das ober-schlesische Wirtschaftsgebiet aufteilen und somit gegen das Weltwirtschaftsinteresse ebenso verstoßen, wie gegen das europäische Wirtschaftsinteresse, denn ein blühendes Industriegebiet, das mit der gesamten deutschen Wirtschaft auf das engste verbunden ist und nur in ihrem Zusammenhange gedeihen kann, wird an eine Macht ausgeliefert, die gar nicht in der Lage ist, eine so komplizierte wirtschaftliche Organisation sachgemäß zu verwalten. Wie die Polen selbst über ihren eigenen Staat und ihre eigenen Fähigkeiten denken, offenbart der in Bromberg erscheinende „national-demokratische Dziennik Bydgoski“, wenn er über die polnischen Zustände folgendes schreibt:

„Der Staatschatz ist erschöpft, weil man aus Parteirücksichten von den Bauern keine Steuern eingezogen hat, Mangel an Gleichgewicht im Staatshaushalt, weil man Milliarden für allerhand Parteipropaganda vergebend hat. Fortwährender Notendruck, wodurch die Valuta fällt und Gewerbe und Handel zum Stillstand kommt. Mangel an Vertrauen, sogar bei den eigenen Bürgern im Lande, zum Werte des staatlichen Papiergeldes, wovon zuviel im Umlauf ist. Die Folge davon ist, daß jeder, der Bargeld besitzt, dies sofort in Gegenstände umtauscht, die zwar keine Zinsen abwerfen, aber realen Wert besitzen und selten in einem richtigen Verhältnis zu der dafür bezahlten Summe stehen. Spekulationswut und Wucher — sogar hohe Würdenträger, die hohe Staatsstellen bekleiden, schämen sich nicht, ihn zu betreiben. Hunderte von unnützen und lächerlichen Beamten, die höchstens dazu ins Leben gerufen wurden, um den Mitgliedern der herrschenden Parteien Stellen zu verschaffen und den Bürgern des Landes das Leben zu vereiteln und gleichzeitig Unwillen gegen die eigene Regierung zu erregen. Laufende von unnützen und ganz unnützen, faulenzenden Beamten, die noch schlecht bezahlt sind und um nur leben zu können, sich mit Unterschlagung und Wucher befassen müssen. Das Protektionsystem bei der Besetzung von Militär- und Zivilstellen, bei denen die Mitglieder der herrschenden Parteien bevorzugt werden und sogar die höchsten Stellen erhalten, ohne jede Qualifikation für diese Stellen zu besitzen. Mangel an produktiver Arbeit in der Volksgemeinschaft. Verminderung der Arbeitsleistung in den Fabriken, fortwährende Ericks ohne hinreichende Gründe dazu, Verbeugung zum Klassenhaß durch die Linkspresse, Propagierung sozialistischer und kommunistischer Ideen nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch im Heere mit Wissen und Willen der Führer.“

Dieses Bild wird freilich erst vollständig, wenn man hinzusetzt, daß die Bar-

schauer Regierung die Bestehungsgele der der Beamten für steuerpflichtig erklärt und ein Drittel des Budgets für militärische Ausgaben bewilligt erhalten hat.

Das deutsche Oberschlesien.

— Berlin, 18. Oktober 1921.

Eine Erklärung im Preussischen Landtag.

Indem sich sämtliche Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten von ihren Plätzen erheben, gibt Präsident Leinert zu Beginn der heutigen Sitzung im Namen der überwiegenden Mehrheit des Hauses folgende Erklärung ab:

Vom Siege des Völkerbundes ist zu uns die erschütternde Nachricht gekommen, daß der Völkerbundsrat über das Schicksal Oberschlesiens Vorschläge unterbreiten wird, die eine Zerreißung des schwerleidenden Oberschlesiens bedeuten. Eine solche Zerreißung würde den Grundsätzen, die in den Versäuer Friedensverhandlungen festgelegt sind, vollkommen widersprechen. Danach sollte die Entscheidung der Frage, ob Oberschlesien beim Deutschen Reiche verbleiben oder Polen zufallen solle, denjenigen überlassen werden, die sie besonders angeht, nämlich der in Oberschlesien geborenen Bevölkerung. Diese hat mit großer Mehrheit dahin entschieden, daß ihr Land beim deutschen Volk verbleiben soll, mit dem sie mehr als 750 Jahre verbunden und dem allein sie den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg verdanken.

Polen kann keinerlei Rechtsanspruch geltend machen. Trotzdem soll ein erheblicher Teil des Industriegebietes Polen überwiesen werden, obgleich Industrie, Handel und Gewerbe allein durch Deutschland aufgebaut ist, wie es auch der in den Gewerkschaften vereinigten Arbeiterschaft den Aufschwung auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiet verdankt.

Die Sachverständigen im Jn- und Auslande haben sich für die Unteilbarkeit Oberschlesiens als unbedingte Voraussetzung des wirtschaftlichen Gedeihens dieses Landes ausgesprochen.

Die Zerreißung dieses Landes in einen deutschen und einen polnischen Teil würde daher ein Gewaltakt sein, der gegen den Willen der gesamten ober-schlesischen Bevölkerung vorgenommen wird, und er vernichtet damit zugleich den Grundgedanken der Selbstbestimmung des Volkes.

Der ober-schlesischen Bevölkerung gegenüber bekundet der Landtag die untrennbare Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes mit ihr. Die ober-schlesische Bevölkerung hat trotz der Gewalttätigkeit der Alliierten sich mit großem Mut zum deutschen Volke bekant und wir drücken hiermit das Gelöbniß zur unwandlungbaren Treue zur ober-schlesischen Bevölkerung aus.

Mit Ungem, langanhaltendem Beifall nimmt das ark besuchte Haus diese Erklärung auf. Nur die Herren von der äußersten Linken müssen sich wieder einmal als Störenfriede zeigen und durch gehässige Zwischenrufe sich auf die Seite der Entente gegen ihr eigenes Volk schlagen.

Man geht dann zur Tagesordnung über und setzt die Debatte über die große Anfrage Hoffmann (Dem.) über das Reichsschulgesetz fort. Während Abg. Frau v. Zillner (Dnat.) für die Bekennnisschulen eintritt, sieht der Sozialdemokrat König-Swinemünde in den diesbezüglichen Bestimmungen einen Widerspruch gegen die Verfassung, und der Kommunist Meyer-Distpreußen fordert gar die restlose Abschaffung des Religionsunterrichts. Der Demokrat Hoff tritt für das Reichsschulgesetz ein, und Abg. Frau Bronker (Zit.) nimmt sich besonders der Privatschulen an, gegen die wiederum der Unabhängige Volk weiter, dem es außerdem noch die konfessionelle Schule angetan hat.

Bei der Abstimmung wird der unabhängige Antrag auf Abschaffung des Religionsunterrichts abgelehnt, der nationale Antrag auf Unterstützung der Privatschulen geht an den Unterrichtsminister.

— Berlin, 14. Oktober 1921.

Sozialdemokratische Angriffe gegen die preussische Regierung.

Max Hölz' Geist wird zu Beginn der Sitzung von den Kommunisten herausgeschworen. Max Hölz soll in seinem Gefängnis fürchtbar leiden, jammert Herr Dr. Meyer-Distpreußen (Komm.), er wird mißhandelt, gepöbeln, er sei schwer nervenleidend und phantastischer infolge dessen; deswegen habe man ihn in eine Zuchtzelle gesperrt, während man ihn eigentlich beur-

lauben oder mindestens in ein Sanatorium
schickt müssig. Aus der Regierungantwort
geht hervor, daß er nicht mißhandelt wor-
den ist. Er habe wüste Kapitulationsreden ge-
halten (recht nichtlich ist es, daß Oßz' Ge-
wossen diese Reden selbst als Lieberphanta-
sten bezeichnen) und sei deswegen in eine
Einzelzelle überführt worden.

Nach diesem Zwischenpiel kommt man
zu dem großen Hauptpunkt der heutigen
Tagessordnung, der großen Anfrage der So-
zialdemokratie über die Personalpolitik des
preussischen Ministers des Innern.

Abg. Franz Krüger (Soz.), der die
Anfrage begründet, reitet die bereits lange
angekündigte scharfe Attacke gegen Minister
Dominicus und die Regierung Siegerwald
überhaupt. Die Regierung befindet sich im
Schlepphau der Deutschnationalen, sie treibe
eine deutschnationale Kammerpolitik, die
Verwaltung arbeite nach den alten konser-
vativen Grundsätzen — gegen die Redner
bestige Angriffe richtete — und nicht nach
freiheit und demokratischen Grundsätzen, so-
zialdemokratische Beamte würden nicht
mehr ernannt, und die bereits vorhandenen
schmäntert und bespöttelt und dergleichen
mehr.

Dieselben Anklagen in kaum noch schär-
ferer Form richtet der Unabhängige Ra-
bold gegen die Regierung.

Eingehend und sachlich verteidigt der
Minister des Innern Dominicus sich
und die Regierung gegen diese oft recht
heftigen Vorwürfe. Er weist nach, daß er in
zahlreichen Fällen in seiner Personalpolitik
sich durchaus nicht nach deutschnationalen
Wünschen richtete, er habe viele Beamte ge-
halten oder neu ernannt, die den Deutschna-
tionalen durchaus nicht paßten. Er sei
gegen viele rechtsstehende, sonst durchaus
tüchtige Beamte disziplinarisch vorgegan-
gen, deren Verhalten nicht mit der Verfas-
sung in Einklang zu bringen war. Gegen
Departementen von Kreisblättern gegen die
Regierung sei er eingeschritten. Besonders
könne man ihm nicht „Entsozialdemokrati-
sierung“ der Verwaltung vorwerfen. Er
habe die sozialdemokratischen Vorwürfe
immer berücksichtigt und viele sozialdemo-
kratische Beamte ernannt. Was die Poli-
zeiorganisation angehe, so fahre er nur hier
in den Bahnen fort, die sein sozialdemo-
kratischer Vorgänger eingeschlagen habe. Er
sei bestrebt, das Mißtrauen weiterer Kreise der
Bevölkerung zur Verwaltung zu beheben.
Man dürfe aber nicht verkennen, daß unsere
alte Beamenschaft tüchtiger gefehlet habe.
Die Mängel der alten Verwaltung sei er
bestrebt zu beseitigen.

In der weiteren Aussprache stellt sich
der Redner des Zentrums, Abg. Lorenz
hinter den Minister, die Redner der Rechten,
Dr. v. Kries (Dnat.) und Dr. v.
Nichter (D. Sp.) erklären ihre Neutra-
lität in diesem Streit zwischen Sozialde-
mokratie und Regierung. Während der
Deutschnationale feststellt, daß sich die Ver-
hältnisse unter Dominicus gegen die Zeit
Severings sicherlich gebessert hätten, er-
klärte der Redner der Deutschen Volkspartei
solche Debatte in dieser Zeit für mehr
als bedauerlich.

Man verläßt sich dann auf Dienstag.

Die kommende Portoerhöhung.

Briefe 75 Pfg. bis 2 Mk., Postkarten 50 bis
75 Pfg., Telegramme mindestens 5 Mark.

In dem Entwurf des neuen Post-, Tele-
graphen- und Fernsprechgebührengesetzes
schlägt das Reichspostministerium folgende
neuen Gebührensätze vor:

Für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gr.
75 Pfg., über 20 bis 250 Gramm 1 Mk.,
Fernverkehr bis 20 Gr. 1 Mk., über 20 Gr.
bis 100 Gr. 1,50 Mk., über 100 bis 250 Gr.
2 Mk. Für neu einzuführende dienstliche
Aktenbriefe von Behörden über 250 bis 500
Gramm 3 Mark.

Für Postkarten im Ortsverkehr 50 Pfg.
im Fernverkehr 75 Pfg., für Drucksachenkar-
ten 25 Pfg., für Drucksachen bis 50 Gr. 30 Pfg.,
über 50 bis 100 Gr. 50 Pfg., über 100 bis
250 Gr. 1 Mk., über 250 bis 500 Gr. 2 Mk.,
über 500 Gramm bis 1 Kilo 3 Mk. Für Ge-
schäftspapiere (ebenso wie Mißsendungen)
bis 250 Gr. 1 Mk., über 250 bis 500 Gr. 2 Mk.,
über 500 Gr. bis 1 Kilo 3 Mk. Für Waren-
proben bis 250 Gr. 1 Mk., über 250 bis 500
Gramm 2 Mk., für Pakete (bis 1 Kilo)
3 Mark.

Für Pakete in der Zone bis 5 Kilo
4 Mark, 5 bis 10 Kilo 8 Mk., 10 bis 15 Kilo
14 Mark, 15 bis 20 Kilo 20 Mk., Fernzone
6, 12, 22, 30 Mark.

Einschreibgebühr 2 Mark.

Für Postanweisungen bis 50 Mk. 1 Mk.,
50 bis 250 Mk. 2 Mk., 250 bis 500 Mk. 3 Mk.,
500 bis 1000 Mk. 4 Mk., 1000 bis 1500 Mk.
5 Mk., 1500 bis 2000 Mk. 6 Mk.

Auslandsgebühren: Briefe bis 20 Gr.
2 Mk., jede weiteren 20 Gr. 1 Mk.; Postkarten
1,20 Mk. und Drucksachen 40 Pfg. für jede
50 Gramm.

Zahlfartengebühr 50 Pfg. bei Be-
trägen bis 50 Mark, 1 Mk. bei 50 bis 500 Mk.,
1,50 Mk. bei 500 bis 1000 Mk., 2 Mk. bei 1000
bis 2000 Mk., 3 Mk. bei 2000 Mk.

Telegramme 50 Pfg., mindestens
5 Mark, Prestelegramme die Hälfte.

Fernsprechgebühren: Erhöhung
um 20 v. H.

Zu diesen Vorschlägen erklärte der Ver-
kehrsminister beim Reichspostministerium,
daß eine abermalige Erhöhung der Fern-
sprechgebühren schon mit dem In-
krafttreten der geplanten übrigen Vorlagen
ihm verfrüht erheine. Der Entwurf
eines Gesetzes betr. Änderung der Tele-
graphengebühren wurde vom Ver-
kehrsminister mit überwiegender Mehrheit
an dem 11. Okt. dem Reichstag zur Vor-
beratung vorgelegt.

eines Gesetzes zur Anwendung des Post-
gesetzes, wobei jedoch der Ver-
kehrsminister zur Erwägung stellte bei Ein-
zahlungen mit Zahlfarte eine Gebühr von
50 Pfg. bei Beträgen bis 100 Mark (nicht
bis 50 Mark) zu erheben und dementspre-
chend die Gebühr von 1 Mark bei Beträgen
von mehr als 100 bis 500 Mark vorzusehen.

Zu dem Entwurf eines Gesetzes über
Postgebühren hat der Verkehrsminister be-
tragt, die Postartengebühren im Ortsverkehr
auf 40 Pfg. und im Fernverkehr auf 60 Pfg.
herabzusetzen und die Gebühr für schwerere
Drucksachen über 250 bis 500 Gramm auf
1,50 Mark, sowie über 500 Gramm bis ein
Kilo auf 2 Mark zu ermäßigen.

Deutsches Reich.

Was stützt die Reichsmark? Nicht
mit Unrecht ist betont worden, daß die inter-
nationale Währungsspekulation viel zum Sin-
ken des sturkstades der Reichsmark beige-
tragen hat, aber die Hauptursache ist doch in
den Gewaltmaßnahmen der Entente gegen
das Deutsche Reich zu suchen. Je härtere
Einzelsachen uns auferlegt werden, um so weniger
zahlungsfähig werden wir, und um so mehr
fällt die Mark. Im Mai, als wir das Ulti-
matum erhielten, stand der Dollar noch
82,30 Mark. Jetzt, wo die Zerstückung von
Oberschlesien beschlossen ist, notierte er schon
am zweiten Tage danach mehr als 140 Mk.
Wenn das so weiter geht, kann es wirklich
möglich sein, daß er noch bis 200 steigt, wie
Bestimmten bereits prophezeiten. Der Tief-
stand der Mark wirkt natürlich auch auf die
kurzfristigen Kredite, die wir zur Zahlung
der ersten Goldmilliarde mit haben aufneh-
men müssen.

Immer daran denken! Sehr treffend
charakterisiert die „Städtische Zeitung“ das
Vorgehen des Völkerverbundes und die no-
wendigerweise daraus entstehenden Folgen,
wenn sie am Schluss eines längeren
Artikels „1871—1921“ schreibt:

„Aus der einseitigen arithmetischen
Entscheidung über Oberschlesien, die bar je-
des Gefühl ist, muß ein Welturteil erwach-
sen über diesen gefühllosen Richter, der
einem der am höchsten kultivierten Völker
ein Stück seines Innenseins entriß, um es
einer niederen Kultur und Wirtschaft preis-
zugeben. Das wäre der Sinn der Entschei-
dung des Völkerverbundes, sollte sie so lau-
ten, daß die lebendigsten Teile Oberschle-
siens Polen angegliedert werden sollten.“

Frankreich hat im Jahre 1871 schwere
moralische Imponderabilien in die Welt
hinausgeschleudert, als es von Elsaß-Lothrin-
gen Abschied nehmen mußte, das es inner-
lich nie recht befehlen hatte. Das unablässige
Verben Frankreichs für seine Auffassung
hat ihm Freude und Erfolg gebracht, wenn
auch nach 40 Jahren und in zweifelhafter
Echtheit. Frankreich möge sich seine eigene
Geschichte vergegenwärtigen, wenn es jetzt
Deutschland eines Gebietes beraubt, das
deutsche Kultur erst der Kultur und dem
wirtschaftlichen Leben geschenkt hat. Wie
Frankreich im Jahre 1871 flammenden Ein-
spruch erhoben hat gegen die Abtreibung
Elsaß-Lothringens, so wird Deutschland im
Jahre 1921 in felterner Einmütigkeit der
Welt verkünden: Oberschlesien ist deutsche
Kultur, ist deutsche Wirtschaft, ist deutsches
Land! Handelt ihr anders, so werden wir
nicht viel davon sprechen. Aber denken wer-
den wir immer daran! Dieses Ende kann
kein gutes sein.“

Dr. Stadler verhaftet. Der Begrün-
der des Generalsekretariats zum Studium
des Bolschewismus und der bekannte Her-
ausgeber der überparteilichen Wochenchrift
„Das Gewissen“, wurde in seiner Berliner
Wohnung verhaftet. Sämtliche Briefkasten
und Manuskripte wurden beschlag-
nahmt, das Büro versiegelt. Gegen Stadler
wird der Vorwurf erhoben, er habe in
einem Artikel der „Tägl. Rundschau“ durch
Andeutungen über angebliche militärische
Vorbereitungen zur Sicherung der Grenze
vor etwaigen polnischen Ueberfällen Lan-
desverrat im Sinne des Artikels 92 des
Strafgesetzbuches begangen. Außerdem lie-
gen, wie die politische Abteilung des Ber-
liner Polizeipräsidiums mitteilt, gegen Dr.
Stadler noch andere Verdachtsmomente
vor, die mit dem Hochverratsparagrafen
in Zusammenhang gebracht werden. Ueber
diese anderen Anschuldigungen bewahren
die zuständigen Behörden vorläufig noch
Schweigen.

Die Reichstrene der Pfalz. Der baye-
rische Ministerpräsident Graf Verchenfeld
hat anlässlich seiner Pfalzreise folgendes
Telegramm an den Reichspräsidenten in
Berlin gerichtet: „Herr Präsident! Eine
fünftägige Pfalzreise liegt hinter mir, wobei
ich alle Amtsstädte besucht und mit allen
Bevölkerungskreisen Fühlung genommen
habe. In den schweren Tagen, in denen wir
um Oberschlesien bangen, ist es mir Be-
dürfnis, Ihnen zu sagen, daß ich überall
treue Deutsche gefunden habe. Die Pfalz
hält fest am deutschen Vaterlande. Das
Hilfswerk Oppau ist unter Leitung des bay-
rischen Staatskommissars in vollem, erfolg-
versprechendem Gange.“

Abwartende Haltung der Reichsre-
gierung. Die Haltung der Reichsregierung
zur Entscheidung der Entente hat sich bis-
her noch nicht verändert. Man will nicht
eher Stellung nehmen, ehe nicht der offi-
zielle Entscheid da ist. Auch der Reichstag
wird nicht früher zusammentreten. Der
Ältestenrat war Donnerstagabend noch
einmal zusammengesessen, weil die Deutschna-
tionalen die sofortige Einberufung bean-
tragt hatten, und hat sich in obigem Sinne
ausgesprochen. Doch wurden die Mitglieder
des Reichstages aufgefordert, sich für eine
rasche Einberufung bereit zu halten. Der
Reichskanzler Dr. Wirth, der in der Sitzung
des Ältestenrats anwesend war, stellte feil,

daß ein Austritt der Reichsregierung vor-
läufig nicht in Frage kommt, damit in
dieser schwierigen Stunde eine aktionsfähige
Regierung im Amt sei. — Die Verhand-
lungen innerhalb der Organisationen der
Industrie und der Landwirtschaft über die
Kreditaktion nehmen unterdessen ihren
Fortgang.

Der deutsche Londoner Volschaffer bei
Lord Curzon. In der Besprechung Dr. Etha-
mers, des deutschen Volschaffers in Lon-
don, mit dem englischen Außenminister Lord
Curzon, soll der deutsche Volschaffer nach
dem „Reit Parisien“ ausgeführt haben, das
englische Kabinett könne nicht eine Entschei-
dung beistimmen, die unzweifelhaft festigen
Unwillen in Deutschland erregen müßte und
die Demission des Kabinetts Wirth nach sich
ziehen würde. Lord Curzon habe Dr. Etha-
mer erklärt, daß diese Vorstellungen nicht
am Plage wären. Er hoffe übrigens, daß
sich Deutschland im letzten Augenblick dar-
über Rechenschaft ablegen werde, daß es al-
les verlieren würde, wenn es sich nicht loyal
dem Schiedspruch des Völkerverbundes füge.

2½ Prozent Umsatzsteuer. Der Re-
parationsausschuß des Reichswirtschafts-
rats sprach sich entgegen dem Regierung-
entwurf, der 3 Prozent verlangte, für eine
Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2½ Prozent
aus. Nach den Beschlüssen des Ausschusses
sollen auch die Ausfuhr und die ersten Um-
sätze nach der Einfuhr in das Inland um-
satzsteuerpflichtig sein. Die bisherige
Steuerfreiheit der Ausfuhr kann, falls der
Wettbewerb auf dem Weltmarkt geschädigt
würde, durch Reichsratsbeschlüsse nach An-
hörung des R. W. R. wiederhergestellt wer-
den, ebenso die Steuerfreiheit der Einfuhr
der notwendigen Lebens- und Futtermittel
sowie Rohstoffe und Halbfabrikate, soweit
die Umsätze außerhalb des Kleinhandels er-
folgen. An Stelle des bisherigen Luxus-
steuersteuersystems soll eine nach bestimmten
Gruppen von Gegenständen fest umrissene
Vorzugssteuer treten. Die Befugnisse des
Reichsrats nach § 18 U. St. G. werden dahin
erweitert, daß er gleichfalls nach Anhörung
eines Sachverständigen-Ausschusses des
R. W. R. einzelne Gegenstände bzw. Grup-
pen für steuerfrei oder für erhöht steuer-
pflichtig erklären kann. Für die Umsatzsteuer
auf Speisen und Getränke in Gast- und
Schankstätten schlägt der Ausschuß Einstel-
lung der Betriebe in drei Klassen vor und
bestimmt, daß die Gemeinden 60 Prozent
des Ertrages dieser Steuer erhalten und
Zuschläge bis zu 100 Prozent erheben dür-
fen.

Der Dienst der neuen Finanzämter
im Deutschen Reiche ist immer schwerer ge-
worden. Nicht nur daß sie meist mit Beam-
ten zu arbeiten hatten, die sich in ihren
Dienst erst hineinzufinden hatten, sind be-
kanntlich auch die gesetzlichen Bestimmungen
wiederholt abgeändert worden, so daß schon
dreiwertel beendete Arbeiten von neuem
begonnen werden mußten. Unter diesen
Umständen ist es weniger wichtig, von einer
Reform der Ämter zu reden, man sollte
vielmehr an eine Reform des Gesetzgebens
denken. Die Vorwürfe, die den Finanz-
ämtern hier und da über eine strenge Hand-
habung der Amtsgeschäfte gemacht wurden,
sind nicht zurecht. Sie müssen sich nach
den gesetzlichen Vorschriften richten, die be-
kanntlich für den Fall der Steuerhinter-
ziehungen recht scharf sind.

Deutschenflucht aus Oberschlesien.

Kattowitz, 16. Oktober. In ganz Ober-
schlesien, besonders in dem Industriegebiet,
hat eine ungeheure Flucht der Deutschen
eingesetzt. Die Erregung über die Genfer
Meldungen steigt von Stunde zu Stunde.
Die Flüge nach dem Reiche sind überfüllt.
Die wirtschaftlichen Folgen sind unüberseh-
bar. Viele Firmen haben bereits ihren
oberschlesischen Kunden erklärt, wegen der
großen Unsicherheit nicht mehr nach Ober-
schlesien liefern zu können. Sparkassen und
Banken haben einem unerhörten Ansturm
standzuhalten. Polnische Formationen ste-
hen, zum Putz bereit, Gewehr bei Fuß an
der Grenze.

Ministerpräsident Bud über die politische
Lage.

Dresden, 16. Oktober. Der sozialdemo-
kratische Ministerpräsident Bud sprach über
politische Gegenwartsfragen. Bezüglich
Oberschlesiens führte er aus, daß er Polen
einen Aufstiege ebenso gönne, wie dem deut-
schen Volke. Doch müsse entschieden gefor-
dert werden, daß Oberschlesien, das an dem
wirtschaftlichen Aufstieg in der Vorkriegs-
zeit hervorragend beteiligt war, ungeteilt
bei Deutschland verbleibt. Weiter sprach er
sich über die „Geheimorganisationen“ der
rechtsgerichteten Kreise aus, die der Regie-
rung nicht gefährlich werden könnten, da
sie darüber hinreichend unterrichtet sei. Bei
Behandlung der Koalition*fragen wies er
darauf hin, daß man Männer aus anderen
Parteien, die sich unter den gegenwärtigen
politischen Verhältnissen zur Mitarbeit be-
reit fänden, nicht zurückweisen könne.

Ein Goldstück = 540 Mark.

Berlin, 16. Oktober. Der Ankauf von
Gold für das Reich durch die Reichsbank
und Post erfolgt in der Woche vom 17. bis
23. d. M. zum Preise von 540 Mark für ein
Zwanzig markstück, 270 Mark für ein Zehn-
markstück. Für die ausländischen Goldmün-
zen werden entsprechende Preise gezahlt.

Erhöhung der Ausfuhrabgaben.

Berlin, 16. Oktober. Wie zuverlässig
verlautet wird, plant das Reichswirtschafts-
ministerium eine wesentliche Erhöhung der
noch bestehenden und Wiedereröffnung der
bereits aufgehobenen Ausfuhrabgaben. Eine
vorläufige Regelung sieht eine Erhöhung
der augenblicklichen Sätze um 4 v. H. vor.
Die Maximalsätze sollen bei Fertigfabrika-
ten 6 v. H., bei Halbfabrikaten 7 v. H. und
bei Rohstoffen 8 v. H. betragen. Bis zum

ersten April 1922 soll eine vollkommene
Neuregelung eingetreten sein, die auch alle
Waren umfaßt, die keiner Ausfuhrkontrolle
unterliegen.

Die Staatsanwaltschaft Frankenthal
hat die Untersuchung wegen des Oppauer
Unfalls eingestellt, da keine Schuld eines
Unbekannten ermittelt werden konnte.

Die Eisenbahndirektion Oden, der die
deutsche gebliebenen Teile der früheren Di-
rektoren Posen, Bromberg und Danzig Di-
rektoren, wird demnach von Berlin, wo sie
provisorisch untergebracht war, nach Frank-
furt an der Oder verlegt werden.

Ausland.

Die Wiener Spekulationen.

Wien, 16. Oktober. In Wiener finan-
ziellen Kreisen verlautet, daß es sich bei
den umfangreichen Baissespekulationen um
den britischen Oberst Cunningham handle.
Cunningham ist in Wiener politischen und
gesellschaftlichen Kreisen vielfach hervor-
getreten und hat sich während der kritischen
Zeit der österreichischen Republik und der
Stadt vielfache Verdienste um die Erleich-
terung ihrer Lage erworben.

Die Antwort.

Paris, 16. Oktober. Die „Matin“ mel-
det, es ist wahrscheinlich, daß die englische
Regierung einen Sachverständigen, Sir Ce-
cil Horst, nach Paris entsenden werde. Es
handelt sich darum, getreu nach dem Aus-
haben des Vertrages von Versailles zu
verfahren, wenn man die Empfehlung von
Beuf als Entscheidung der Alliierten über-
nehmen würde, sowohl was die Grenzfrage
als auch das Wirtschaftsregime des In-
dustriebezirks anlangt. Es scheint die Ab-
sicht der Alliierten zu sein, daß die Ueber-
weisung der zugewiesenen Gebiete in höchstens
einigen Tagen erfolgen solle.

Englands Zustimmung.

London, 16. Oktober. „Times“ melden,
daß das britische Kabinett beschlossen habe,
die Vorschläge des Völkerverbundes in der
oberschlesischen Frage an die Volschaffer-
konferenz zur Annahme zu verweisen. Man
erwartet, daß die Volschafferkonferenz zu-
sammentrete, um die Vorschläge anzuneh-
men.

Schweiz.

Keiner will Karl. Die spanische Re-
gierung hat nach Schweizer Meldungen bis
jetzt noch keine Antwort über eine even-
tuelle Aufnahme des ehemaligen Kaisers
Karl in ihr Gebiet gegeben, und es be-
stehen verschiedene Anzeichen dafür, daß
für die nächste Zeit eine zusage Antwort
nicht erteilt werden kann. Die Schweiz
werde daher voraussichtlich dem Exkaiser
auch weiterhin ein Asyl gewähren müssen.

Italien.

Der König von Italien in Bozen. Bei
dem Einzuge des italienischen Königspaares
im annektierten Bozen hielt sich die deutsche
Bevölkerung vollkommen fern. Nur die
amtlichen Gebäude waren besetzt. Die
deutsche Bevölkerung zog auch die Vorhänge
vor die Fenster. Die Straßen waren be-
dem Einzuge des Königspaares nur von ita-
lienischem Militär und Neugierigen besetzt.

England.

England und die deutschen Zahlun-
gen. Der politische Berichterstatter der
„Daily Mail“ meldet, daß das englische Ka-
binett eine Sitzung abhalten wird, auf der
die Pläne der Regierung zur Bekämpfung
der Arbeitslosigkeit und zur Förderung des
Handels erörtert werden. Es soll auch über
die Frage der deutschen Reparationszahlun-
gen und ihre Wirkungen auf den britischen
Handel beraten werden.

Amerika.

Der Friede mit Amerika. Im Was-
hingtoner Senat nimmt man an, daß der
Friedensvertrag mit Deutschland in näch-
ster Zeit ratifiziert werden könne. Nach-
dessen kommt die Nachricht, daß der Senator
Knox, der durch die von ihm eingebrachte
Resolution den Anstoß zu dem deutsch-ame-
rischen Sonderfrieden gegeben hat, ge-
storben ist. Durch diesen Todesfall kann
sich die Ratifikation möglicherweise noch et-
was verzögern.

Türkei.

Der Kampf um den nahen Orient
General Liman von Sanders, der früherer
Chef der deutschen Militärmission in der
Türkei, erklärte einem Pressevertreter über
die Lage im Orient u. a.: Der Kampf der
Griechen gegen Mustafa Kemal ist ein Ver-
such Englands, den ihm in seinen Orient-
plänen unbequemen Islam niederzuringen.
Nur haben sich die Engländer gründlich ver-
rechnet, wenn sie in diesem Kampfe gerade
die Griechen vorschoben. Kein Volk bege-
net in der ganzen mohammedanischen Be-
völkerung so ausgesprochenem Haße wie das
griechische. Jedenfalls ist anzunehmen, daß
die Engländer den Fehler, den sie begangen,
erkannt haben. Die Stellung des Königs
Konstantin scheint stark geschwächt zu sein.
Die Engländer werden auf die Hilfe Grie-
chenlands zur Not verzichten können, da sie
ja noch andere Eisen im Feuer haben. Sie
dürften wissen, warum sie Neffal zum Kö-
nig von Bagdad und Abdulkhalim zum Schein-
herrscher im Ostjordanlande bestellt haben.
In den beiden dürften sie die Hüter ihrer
Interessen gegenüber Frankreich, und mög-
lichst auch gegenüber dem Islam erblick-
ten. In der Zeit der Wirren haben es die
Engländer trefflich verstanden, den Orient
wirtschaftlich und verkehrstechnisch zu er-
schließen. Eine Bahn von Bagdad nach Mos-
ul ist bereits in Betrieb, eine zweite von
Bagdad über den Jordan in Richtung auf
Bagdad in Angriff genommen, eine dritte
von Bagdad nach Persien hin zu einem we-

jeutlichen Teil fertiggestellt. Sie planen außerdem einen geraden anhaltischen Ankerkehr, der die enalliche Insel mit Indien und sogar Australien verbindet soll, bei dem Bagdad ebenfalls als Umschlagplatz in Aussicht genommen ist.

Der erst vor einigen Tagen neu ernannte griechische Generalstabchef Duzmanis ist aus dem Dienst entlassen worden, weil er einen Tagesbefehl herausgegeben hatte, das Angesichts der politischen und militärischen Lage die Regierung in seinen Händen liege.

Heimatliches.

Nastätten, 17. Oktober 1921.

Sammlung für Oppau. Bei Herrn Pfarrer Sauer gingen für die Opfer von Oppau 335 Mark ein, welcher Betrag an Herrn Defau Krämer in Dörsdorf weitergeleitet worden ist.

Sport. Der gestrige Sonntag stand im Zeichen des Sports. Bei herrlichem Herbstsommerwetter wurden die zwei Fußballspiele ausgetragen. Die junge 2. Mannschaft Nastätens unterlag nach tapferer Gegenwehr höchst ehrenvoll gegen die 3. von St. Goarshausen mit 1:5. Dann trat die 1. Mannschaft in den Kampf mit Vogel. Nach den bisherigen Ergebnissen mußte man mit einer Niederlage Nastätens rechnen. Der unentschiedene torlose Ausgung des vollständig offenen Spiels zeigt, daß Nastätten im Aufstieg begriffen ist. Daß auch die Sportbegeisterung nach und nach alle mit sich fortstreift, beweist die stetig wachsende Zuschauerzahl, die gestern 400 überschritt.

Der Bezirksausschuß hat durch Beschluß vom 10. ds. Mis. ab bestimmt, daß die Schonzeit für Neßläber auf das ganze Jahr ausgedehnt wird und daß es hinsichtlich des Anfangs der Schonzeit für Rebhühner, Wachteln und schottische Moorhühner bei den gesetzlichen Bestimmungen (1. Dezember) verbleibt.

Elsäß-Lothringer. Die aus Elsäß-Lothringen ausgewanderten Deutschen haben sich seit über zwei Jahren zu einer Organisation zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen zusammengeschlossen. Die Organisation bezeichnet sich: „Wirtschaftliche Vereinigung der Elsäß-Lothringer im Reich“. Es bestehen in der Umgebung von Koblenz folgende Ortsgruppen: Koblenz, Mayen, Neuwied, Birlenbach Post Diez und Kreuznach. Nach Koblenz wird auf Grund des nunmehr verabschiedeten Verdrängungsschadengesetzes eine amtliche Vorkontrollstelle errichtet werden. Voraussichtlich kommt sogar eine Spruchkammer nach Koblenz, die die 3. Zt. bestehenden Feststellungsausschüsse für die hiesige Umgegend ersetzen wird. Jeder ausgewanderte Elsäß-Lothringer hat die Pflicht, sich einer Ortsgruppe anzuschließen, die ihm mit Rat und Tat jeder Zeit aufklärend zur Verfügung steht. Die Vereinigung macht es sich zum Grundgesetz — unter Ausschließung jeglicher politischer Bestrebungen — die wirtschaftlichen Verhältnisse der Flüchtlinge zu wahren und insbesondere der ihnen gegen das Reich zustehenden Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Auskunft erteilen die vorgenannten Ortsgruppen.

Die Freimachung von Dienstwohnungen für den allgemeinen Wohnbedarf bezweckt eine besondere Verfügung des Reichsarbeitsministeriums. Alle Dienststellen sind angewiesen, dauernd danach zu streben, die Zahl der ermieteten Diensträume nach Möglichkeit einzuschränken. Nötigenfalls soll auch auf die zu Wohnungen benutzten Räume zurückgegriffen werden, deren weitere Verwendung als Wohnungen hinter den dienstlichen Zwecken geeigneten Falles zurückstehen müßte. Sofort sollen die Kosten nachgeprüft und die Frage dauernd im Auge behalten werden. Wo es geht, sind die Wohnungen freizumachen. Den Wohnungsämtern werden die freiverwendbaren ermieteten Diensträume zur Verwendung für das Wohnungsbedürfnis der Wohnungsinhaber unter Beteiligung der Reichsfinanzverwaltung überwiesen. Ueber diese Maßnahme sind genaue Meldungen an das Ministerium einzureichen. Nach wie vor bedarf jede Neueinrichtung von Dienstwohnungen in Dienstgebäuden der Genehmigung des Ministers. Sie ist nur zulässig, wenn die Räume für dienstliche Zwecke, auch anderer Behörden, nicht benötigt werden.

Gummimantel reinigt man am besten mit schwachverdünntem Salmiakgeist. Der Mantel wird nur einfach damit abgerieben; hierdurch gewinnt der Stoff zugleich an Haltbarkeit.

St. Goarshausen, 17. Okt. Gemäß dem Beschlusse des Preussischen Staatsministeriums führen die Kreisärzte von jetzt ab den Titel „Kreismedizinalrat“.

Braubach, 17. Okt. Die hiesige Regenermehrsstelle verzeichnet im September die überaus geringe Niederschlagsmenge von nur 6,1 Millimeter.

Ems, 16. Okt. Hier wurde eine Ortsgruppe des Nassauischen Altertumsvereins gegründet. 18 Herren traten sofort als Mitglieder bei.

spd. Biebrich, 16. Okt. Vor mehreren Monaten rettete der hiesige Steuersupernumerar Karl Ruhn unter eigener Lebensgefahr einen französischen Soldaten vom Tode des Ertrinkens aus dem Rhein. Für diese Tat wurde dem jungen Manne jetzt unter entsprechenden Feierlichkeiten die französische Rettungsmedaille am Bande nebst einer Urkunde verliehen. Herr Ruhn ist bereits im Besitz der Bronzeplakette der

deutschen Rettungsgesellschaft, die ihm ebenfalls für die Rettung eines Menschen vom Tode des Ertrinkens verliehen worden ist.

Höchst, 15. Okt. Durch die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte im November und Dezember 1918 entstanden in Höchst rund 55000 Mark Kosten, die bisher nicht gedeckt worden sind. Der Kreisaußschuß hat nunmehr einem ministeriellen Erlaß zufolge beantragt, daß der Kreisrat und die Stadt gemeinsam die Kosten übernehmen. Als der 57jährige Kaufmann Gottfried Gille vor zwei Wochen während der Blockade der Farbwerke das Verwaltungsgebäude verlassen wollte, wurde die Tür von den Demonstranten eingeschlagen. Darüber erschrak Gille so sehr, daß er sich eine Herzkrankheit zuzog, der er jetzt erlegen ist. Am Tage seiner Beerdigung, Samstag, wollte der Verstorbene seine silberne Hochzeit feiern. Bei der am Samstag stattgefundenen Hauptabstimmung der Belegschaft der Farbwerke über die Wiederaufnahme der Arbeit entschieden sich mehr als 4200 für und etwa 1100 gegen die Arbeitsaufnahme. Die Abstimmungen nahmen einen ungestörten Verlauf. Die Verwaltung der Farbwerke hat auf Grund dieser Abstimmung die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit angeordnet.

spd. Frankfurt, 17. Okt. In Nachahmung der „Heiltätigkeit“ des homburger Wunderdoktor, dessen Tageseinnahmen sich übrigens, wie wir aus gutunterrichteter Quelle hören, sich auf rund 15000 Mark belaufen, kündigt der bekannte Karl Wagnmann öffentlich an, daß er am nächsten Samstag in Frankfurt am Schillerdenkmal die erste Wassenheilung von Kranken vorzunehmen beabsichtigt. Hoffentlich versetzt die Polizei dem Herrn Wagnmann rechtzeitig die Geschichte.

Vermischtes.

Ein dreifacher Mordmord. In Debitfeld wurden die drei Söhne Karl, Otto und Wilhelm des Eisenbahnmaschinenbauers Robert Winkler, die im Alter von 3, 6 und 7 Jahren stehen, in ihren Betten ermordet aufgefunden. Den Kindern war die Schnur einer Klingel um den Hals gebunden. Ueber den Täter und den Anlaß zur Tat fehlen noch nähere Einzelheiten. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Dppaner Kinder in der Schweiz. Dem Physiologen der Universität Halle, Geheimrat Abderhalden, ist es gelungen, für mehr als 350 Kinder aus Dppau Unterkunft in der Schweiz zu finden. Es handelt sich um Kinder, die bei der Katastrophe selbst Schaden gelitten haben und um solche, deren Väter verunglückt sind. Verschiedene Schweizer Familien haben sich bereit erklärt, Kinder, die beide Eltern verloren haben, an Kindesstatt anzunehmen. Abderhalden, ein geborener Schweizer, ist bekanntlich Leiter der deutsch-schweizerischen Kinderfürsorge.

Großfeuer in einer Königsberger Kaserne. In der Königsberger Infanteriekaserne am Trommelplatz brach ein großes Feuer aus, das bedrohliche Dimensionen anzunehmen drohte, da im Dachgeschoss größere Mengen von Munition unter gewaltigen, weithin hörbaren Detonationen explodierten. Durch schnelles Eingreifen der Feuerwehrliebhaber blieben die Flammen auf den Dachstuhl beschränkt.

Folgen schwere Jugentat. Auf dem Bahnhof in Bamberg entgleiste ein gemischter Zug bei der Ausfahrt nach Lichtenfels. Mehrere Personenwagen wurden eingedrückt, drei Personen getötet und acht verletzt.

36 Todesopfer eines Schiffsuntergangs. Die Zahl der Personen, die auf dem untergegangenen Dampfer „Rowan“, der bekanntlich vor einigen Tagen in der Frischen See kurz hintereinander mit zwei Dampfern zusammengestoßen war, den Tod gefunden haben, bejährt sich nach den neuesten Feststellungen auf 36, davon waren 25 Passagiere.

Handgranatenerplosion in Wien. Für eine Übung des 7. Alpenjäger-Regiments auf den Militärchießständen bei Wien sollten 300 Handgranaten aus dem Arsenal dorthin gebracht werden. In der Hauptallee beim Eingang in den Prater explodierten die Handgranaten, der Fahrer wurde getötet und die Pferde in Stücke gerissen. Drei Personen erlitten leichte Verletzungen. In vielen Häusern der Praterstraße wurden die Fensterscheiben zertrümmert und sonstige Beschädigungen angerichtet. Der Vorfall gab zu allerlei Gerüchten und zu einer Panik in den einzelnen Teilen der Leopoldstraße Anlaß, wo viele Juden glaubten, daß anlässlich des Verhöhnungstages ein Angriff der Antisemiten erfolgt sei. Nach einer amtlichen Darstellung ist eine Selbstzündung ausgeschlossen.

Großer Brand in Tirol. Nach einer bozener Meldung wurden in dem Dorfe Pflizen bei Brigen durch eine größere Feuersbrunst vierzehn Häuser völlig zerstört, wobei große Fruchtvorräte vernichtet wurden; Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen.

Explosion im Halberstädter Wasserwerk. Durch eine schwere Explosion wurde der Betrieb des Wasserwerkes in Halberstadt, das die Stadt mit Wasser versorgt, stillgelegt. Aus bisher unbekannter Ursache explodierte plötzlich das Ventil der beiden Dieselmotoren. Die Wasserversorgung der Stadt wird nach Möglichkeit bis zur Wiederaufnahme des Betriebes aus dem alten Wasserwerk erfolgen.

Eine Reform des Schulunterrichts haben radikale Lehrer und Politiker zur Verwirklichung in Aussicht genommen. Die

aber schwerlich Tatsache werden wird. Die Sache läuft daraus hinaus, Schule, Lehrer und Unterricht den Elternbeiträgen zu unterstellen, deren Mitgliedern das Recht verliehen werden soll, allen Schulstunden eigenmächtig beizuhelfen zu können. Auch in den Volksschulen sollen Schülerräte eingerichtet werden. Die Ueber dieser Pläne täuschen sich doch über die Stimmung der Eltern. Sie wollen ihre Kinder in der Schule gut aufgehoben, aber keineswegs sich selbst molestiert wissen.

Der warme Ofen. Die Luft ist frisch, der Sonnenschein steht verlockend aus, als er wirklich ist, und in den Stuben wird es gegen Abend doch schon recht kühl. Es ist noch etwas früh, am warmen Ofen zu sitzen, aber die Gaslampe, die etwas wärmt, kann man deshalb nicht zettiger anzünden, und so bleibt schon mitunter nichts übrig, als zur Vermildung von Erkältungen ein paar Brilettis nachmittags in den Ofen zu legen, damit es abends im Wohnzimmer muggig ist. Zur Bekämpfung des beim ersten Heizen sich oft zeigenden Rauches ist helles Feuer, etwas Holz oder Papier, angebracht.

Die Berliner Handwerkskammer wählte an Stelle des früheren Ehrenobermeisters Mahardt den Friseur Lubert zu ihrem Präsidenten.

Am 17. November beginnen vor dem vereinigten 2. und 3. Straßsenamt des Reichsgerichts in Leipzig die Verhandlungen in dem Stahlfurter Putschprozeß, bei dem 24 Anaelekte beteiligt sind.

Berichtliches.

Das Urteil gegen die Belberter Putschisten ist jetzt vom Reichsgericht gefällt worden. Wegen Hochverrats erhielt Schlosser Graf 5 Jahre 6 Monate, wegen Beihilfe der Schlosser Weiserbach 3 Jahre, der Dreher Hähner, der Schlosser Diez, der Kolporteur Schröder aus Düsseldorf, der Former Stoh, der Maschinist Lübers und der Schlosser Bathmann je drei Jahre, der Kaufmann Waken 1 Jahr 6 Monate, der Former Schrot und Frau Stoh je 1 Jahr 3 Monate Festungshaft, wegen Mordung der Dpifer Löwenthal 3 Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet werden. Der Kaufmann Artur Thomas aus Düsseldorf wurde freigesprochen. Die Untersuchungshaft, die bei den meisten Angeklagten dreizehn Monate betragen hat, wird in weitestgehendem Maße angerechnet. Mildernde Umstände werden sämtlichen Angeklagten zuerkannt. Auf Festungshaft statt Zuchthaus konnte erkannt werden, weil der Senat die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die Angeklagten in dem Glauben gehandelt haben, für eine gute Sache zu kämpfen, ohne jede eigennützige Nebenabsicht. Als weitere Milderungsgründe kommen in Betracht, daß in den Belberter Arbeiterkreisen eine tiefgehende Erbitterung geherricht hat und einzelne der Angeklagten sich in großer Notlage befunden haben.

Um den Sohn des Prinzen Joachim. Von dem Landgericht Potsdam wurde eine vorläufige Entscheidung in dem Rechtsstreit gefällt, der zwischen der Prinzessin Joachim von Preußen, der Gattin des verstorbenen jüngsten Kaisersohnes, und dem Prinzen Eitel Friedrich wegen der Herausgabe des einzigen Sohnes der Prinzessin, des Prinzen Karl Franz Josef, schwebt. Diesen hatte Prinz Eitel Friedrich zu sich genommen; er berief sich darauf, daß ihm durch eine Kabinettsorder des Königs die Vormundschaft über das Kind übertragen worden sei. Die Mutter strengte bei dem Landgericht Potsdam Klage auf Herausgabe des Kindes an. Das Landgericht Potsdam stellte fest, daß nach dem gegenwärtigen Rechtszustande die Kabinettsorder des vormaligen Königs unwirksam sei und das bürgerliche Recht Anwendung zu finden habe, wonach die Erziehungsgewalt nach dem Tode des Vaters allein auf die Mutter übergehe. Prinz Eitel Friedrich legte gegen das Urteil Berufung ein und behielt das Kind bei sich. Nunmehr beantragte die Prinzessin im Wege der einstweiligen Verfügung die sofortige Auslieferung des Kindes. — Das Gericht beschloß, daß dem Prinzen Eitel Friedrich durch einstweilige Verfügung aufgegeben wird, den Sohn der Prinzessin Joachim an diese herauszugeben und das Kind bis zur rechtskräftigen Entscheidung des Rechtsstreits bei der Prinzessin zu belassen.

Handel und Verkehr.

Zwanzigsache Teuerung. Die Großhandels-Indexziffer des Statistischen Reichsamts, die darauf basiert, daß die Preise des Jahres 1914 mit 100 bezeichnet werden, ist von 1917 im Durchschnitt des Monats August auf 2067 im Durchschnitt des Monats September gestiegen. Von den einzelnen Warengruppen haben zu nächste Getreide und Kartoffeln eine Senkung von 2093 auf 2016 zu verzeichnen, die durch einen leichten Rückgang der Weizen-, Gerste- und Kartoffelpreise herbeigeführt wird. Alle übrigen Warengruppen weisen demgegenüber eine zum Teil beträchtliche Steigerung der Preise auf; und zwar Fleisch, Fische und Fette von 1782 auf 1943, Kolonialwaren von 1791 auf 2317, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 1949 auf 2020, ferner: Häute und Leder von 2305 auf 3727, Textilien von 2193 auf 3070, Metalle von 1673 auf 2036, Kohle und Eisen von 1774 auf 1830, Industrierstoffe zusammen von 1857 auf 2155. Die vorwiegend im Inland erzeugten Waren (Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Fische, Fette, Kohle, Eisen) stiegen von 1913 auf 1932, die vorwiegend aus dem Auslande einaeühr-

ten Waren von 1885 auf 2043. Die Ziffern beleuchten den ausgesprochen geldwirtschaftlichen Charakter der gegenwärtigen Preissteigerung, die sich bei den Rohstoffen der Volkswirtschaften gerade zu einer stürmischen Preis-Haule verhärtete.

Der Wiederaufbau der deutschen Schifffahrt. Auf der Vulkanwerft in Hamburg lief der Neubau der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, Dampfer „Dochum“, glücklich vom Stapel. Der Dampfer hat 9500 Br.-Mtg.-Tonnen. — Der Dampfer „Aronenfels“ der Deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft Hansa der vor einiger Zeit an die Entente abgeliefert worden war, ist von der Reederei Hugo Stinnes zurückgekauft worden. Der Dampfer ist bereits auf der Elbe eingetroffen und mit einer Ladung Kohlen nach Hamburg gefahren. — Die Hamburg-Amerika-Linie wird ihren bisherigen Westindien-Mexiko-Dienst nach Havanna, Veracruz und Tampico um eine weitere Westindienfahrt mit anschließendem direkten Westküstendienst durch den Panama-Kanal zu verschiedenen Häfen Zentralamerikas mit neu erbauten eigenen Schiffen erweitern. Die Abfahrten finden vorläufig einmal im Monat statt, und zwar wird als erstes Schiff der Dampfer „Antiochia“ am 15. November von Hamburg abgehen.

Die Hackfruchtenernte im Deutschen Reich. Wenn man „gut“ mit 2, „mittel“ mit 3 und mit 4 „gering“ bezeichnet, so ergeben sich nach einer Zusammenstellung des Statistischen Reichsamts für Anfang Oktober dieses Jahres, verglichen mit dem Vorjahre folgende Bequauchungsziffern: Kartoffeln 3,4 (im Vorjahre 2,8), Zuckerrüben 3,4 (2,8), Futterrüben 3,2, Klee 3,7 (2,5), Luzerne 3,6 (2,6), Weis. Wiesen 3,3 (2,3), andere Wiesen 3,8 (2,6). Weiter wird berichtet, daß die Kartoffelernte bei Abgabe des Verichts überall im Gange war. Stellenweise, in Gegenden mit kleinen Wirtschaften, war sie bereits beendet. Der Ertrag an Knollen ist je nach Bodenbeschaffenheit und Sorte sehr verschieden. Die Bezirke, in denen sich die Ausrottung des Bodens weniger bemerkbar gemacht hatte, melden, daß der Ertrag befriedigender ist, als erwartet wurde. Infolge des spät einsetzenden Regens hatte sich der Stand der Kartoffeln vielfach noch gebessert. Doch darf diese Besserung nicht überhöht werden. Statt sich zu vergrößern, zeigten die Knollen sog. Kindebildung. Dieses Durchwachsen geschieht oft auf Kosten der Mutterknolle. Im allgemeinen blieben die Knollen klein. Zuckerrüben- und Futterrüben haben sich nach den Niedererträgen im September um ein Geringes erholt. Das Ergebnis der ausstehenden Ernte wird nur in Süddeutschland befriedigend beurteilt. Die Bezirke über den Stand der Futterpflanzen und Wiesen lauten größtenteils wenig günstig. Die alten Kleeschläge waren meistens verdorrt. Stoppelfee blieb teilweise ganz aus. Vom zweiten Schnitt der Futterpflanzen und Wiesen sind nur geringe Mengen Heu eingekommen. Erfreulicher sind die Nachrichten aus Süddeutschland. Dort hat sich die Gefahr der Futterknappheit gemildert. In Württemberg und Baden wurde vielfach zweites, sog. Nachheud, geerntet.

Die Bekastung des Brotpreises. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat auf Grund authentischer amtlichen Materialis die Klagen über die Höhe des Brotpreises geprüft und ist nach zahlenmäßigen Feststellungen zu dem Schluss gekommen, daß ohne den vom Reich im Wirtschaftsjahr 1920-21 aufgewandten Betrag von 9,3 Milliarden Mark auch im vergangenen Jahre das Kartenbrot nur zum Preise von 8 Mk. hätte abgegeben werden können. Wenn der Brotpreis, so heißt es in dem Nachweis, „trotz der inzwischen eingetretenen Geldentwertung zurzeit auf der Höhe von 7 Mark gehalten werden kann, so ist dies wesentlich dadurch bedingt, daß das Umlagegetreide dem Reiche von der Landwirtschaft zu einem im Verhältnis zum freien Handel wesentlich billigeren Preise zur Verfügung gestellt wird.“

Kartoffelnot in Braunschweig. Die vom braunschweigischen Staatsministerium an die Kreisdirektionen ergangene Anweisung, alle Kartoffelerzeuger und Händler wegen Wucher und Preistreibererei zur Anzeige zu bringen, wenn ihre Kartoffelpreise 35 Mark pro Zentner wesentlich überschreiten, hat dazu geführt, daß sich die Kartoffelversorgung im Lande Braunschweig außerordentlich schwierig gestaltet. Die Kartoffelzufuhr ist unterbunden und der Schleichhandel wieder in vollem Gange. Um einen Ausweg aus diesem Dilemma zu suchen, fand im Staatsministerium eine Beiprechung statt. Vertreter der Kreisdirektion des Landes Braunschweig, der Erzeuger, des Handels, der Verbraucher und der Presse nahmen daran teil. Die dreieinhalbstündigen Beratungen verliefen aber ohne Ergebnis. Landwirte, Händler und auch die Vertreter der Kreisdirektionen forderten die Aufhebung der ministeriellen Verfügung, was vom Minister Antrick abgelehnt wurde.

Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ erfahren, wird in Bayern für die Verbilligung der Kartoffeln ein Millionenzuschuß des Staates gewährt werden.

Der teure Bohnenkaffee gibt erst dann allen seinen Extrakt restlos her wenn man Pfeiffer & Dillers Kaffee-Essen dazu tut. Ein Versuch überzeugt. Gr. Silberpaket M. 3.- Originaldose M. 3.60 in allen einschlägigen Geschäften.

Der Herr des Todes.

Roman von Karl Rosner.

64 | Nachdruck verboten.

Da wurde der Kommissionsrat wandelnd. Schon wollte er nachgeben — da fiel ihm ein: Prinz Heinrich Wilhelm hatte doch seinen Besuch für diesen Abend ansetzen lassen! Hauptächlich natürlich Herreras wegen! Prinz Heinrich Wilhelm! Nein — also, das war nicht zu machen! Das gab es einfach nicht! Zudem: das Haus war für den Abend ausverkauft — die Leute würden einfach ihr Geld zurückverlangen, wenn sie hörten, daß die Hauptnummer fiel.

Herrera blickte bei seinem Wort: Ich laßte morgen.

Wohl eine halbe Stunde währte die Verhandlung, in deren weiterem Verlauf der Kommissionsrat noch den einstmaligen Drahtseilkäufer und seinen Sekretär als Hilfe requirierte. Dann war man einig: Herrera sollte heute noch ein letztes Mal auftreten — dann war er frei. Er hinterlegte eine Summe, die als Neugeld und zur Deckung des Kassenausfalls dienen sollte. Und morgen früh sollte die Presse eine Notiz lancieren, die mitteilte, daß er infolge einer dringend gewordenen Verpflichtung nach Amerika sein Auftreten hier unterbrechen müsse.

Herrera ging auf diese Vorschläge ein. Sie bedeuteten schließlich keine Verschiebung seiner Reisepläne und machten sein Gewissen von dem Vorwurf frei, er hätte den Direktor jäh im Stich gelassen. — Der letzte Sprung? Er dachte müde, hingekommen von einer Anlauf, dabei zu verweilen: Weit über tausend Male ist ich ihn gewagt — weit über tausend Male ist er mir glatt gelungen. Auch dieser letzte Abend heute wird vorübergehen — dann bin ich frei!

Er ging. Unten vor dem Portal stand immer noch der Wagen und wartete.

Herrera fuhr nach dem Hotel.

Unfassbar abgespannt, erschöpft fühlte er sich, und im Genick sah ihm ein zäher, dumpfer Schmerz. Die schlaflos hingebrachten Nächte, die Qualen und Erschütterungen dieser hingegebenen Zeiten lagen auf ihm.

Er dachte stumpf immer wieder nur dieses eine: So — jetzt ist auch dies letzte hier getan und klar — und jetzt kann Franz beginnen, einzupacken. — Heute abend noch einmal, dann bin ich frei —!

In seinem Zimmer zog er die Vorhänge vor die Fenster — dann streckte er sich angekleidet, wie er war, auf das Sofa nieder. Todmüde war er. So fand er Schlaf.

Als er erwachte, konnte er sich erst gar nicht besinnen, wo er sich befand, was diese undeutbaren Umrisse und Formen, die er

da um sich sah, bedeuten sollten. Wie aus dem Raum und aus der Zeit gehoben, hingestellt in eine geheimnisvolle, fremde Umwelt erschien er sich sekundentlang.

Dämmern des Halbdunkel war rings, und eine nachwirkende Kraft hielt ihn noch umfassen, schob einen Rest hindurchender Gestalten, Bilder aus einem unklaren, jagenden Traum in sein zurückkehrendes Bewußtsein — machte seine Sinne wirr, daß er die Scheinwelt von der Wirklichkeit kaum trennen konnte.

Seine Herz schlug stark. Mit einem Rud legte er sich auf, hatte die Ellenbogen auf den Knien, den Kopf in beiden Händen. In seinen Fingern fühlte er dabei das Pulsen seines Blutes in den Adern.

Jetzt wußte er es auch: Er war in dem Hotel — und das dort — dieses unformale Etwas — war der Klubstempel neben dem Schreibtisch — und jenes scharfe kleine Glanzlicht kam von dem Metall des Telefons — und Abend war es — er hatte geruht —!

Ganz still sah er. Seine Augen gewöhnten sich an das Halbdunkel, unterschieden jetzt deutlich die Dinge.

Seine Gedanken hasteten an dem entflohenen Traum — Wie war das doch? Er tastete und suchte. Aber nicht alles fand er. Nur daß er auf dem Hannoveraner Schützenfest gewesen war — so wie an jenem Abend vor dem Zusammenstoß mit dem Rittmeister von Wassenheim — das wußte er —. Und daß er mit zwei anderen „Zivilisten“, auch zur Reitschule kommandierten, in dem verrückten Haberjahnischen Hippodrom gewesen war, und daß sie da zum Scherz diese unwahrscheinlichen Krampfen geritten hatten. — Aber auf einmal hatte dann der junge Leutnant Joachim von Sigewitz das schmale hochmütige Gesicht, die ersten Kinderaugen und das hängende Kinn des armen Windisch-Gräß-Drägoners aus dem New Yorker Kohlenhafen gehabt, der dort unter der schillernden Delschicht lag — und sein apokalyptischer Gaul nahm die Fete — und der Reiter sah zurück und wiegte — seltsam still auf dem jagenden Tier — den Kopf und lächelte gleichgültig und müde, als spräche er da eine alte, seltsam abgetretene Weisheit aus: „Es hat ja doch keinen Zweck —!“

Das Traumbild ging vorbei. Herrera sah noch immer unbewegt vor ihm stand eine einzige Frage, die füllte ihn, die pochte immer wieder an sein Hirn: Was nun —?!

Sorgen — nein, heute abend noch! — war er doch frei — und morgen war er schon in Hamburg und auf der See —. Und dann? Er dachte an Amerika —. Was sollte er denn dort? Als Fremder war er durch die Jahre drüben hingegeben — ohne sich irgendetwas zu binden — als ein

Verachteter seiner Umwelt, als einer, der mit Willen einsam blieb.

Er dachte wieder scherzhaft grübelnd, bohrend: Ja — was nur jetzt?! Was nun —?

Und hatte, als er endlich sich erhob, den Klang der müden, lange erlöschenden Stimme im Ohr, die mit dem einschmeichelnden Wiener Tonfall gelassen sagte: „Es hat doch keinen Zweck —!“

Er zog die Vorhänge von seinem Fenster, ließ das späte Licht herein. Ja — es war Abend — dieser letzte Abend hier.

In einem stillen, bitteren Träumen ruhte sein Blick auf dem Bilde der „Einden“. Abschied —

Er ging ans Telefon, rief seinen Diener und ließ sich von ihm helfen, wie er sich zum Fortgehen fertig machte. Dabei gab er ihm Weisung, daß er noch heute packen solle — nur diese Koffer hier. Der Apparat im Zirkus sollte später abmontiert werden — darüber würde er noch sprechen.

Dann schritt er langsam durch den stillen Abend hin nach dem Zirkus.

Gleich im Vestibül sah er, daß der Kommissionsrat Wort gehalten hatte. Duer über die abenteuerlichen Plakate, die den Todesprüfung zeigten, waren schmale rote Streifen geklebt: „Heute zum letzten Male!“

Wie blutige Striche, die über ein buntes Leben zogen — es wegnahmen, verlöschten, sahen diese Streifen aus.

Die Vorstellung war längst in vollem Gange. Nur einen Blick warf Herrera durch die Portiere in die Manege, in der soeben eine Freizeitsprecher stand. Bis an die Decke sahen die Menschen Kopf an Kopf in den aufsteigenden Rängen des ausverkauften Hauses.

In der Garderobe traf er wieder auf Franz, der ihm erzählte, während er dem Herrn beim Umkleiden half und an den vielen Fragen, die ihn drückten, und die er doch nicht stellen wollte, trug, daß der Prinz Heinrich Wilhelm heute hätte kommen müssen — dann aber doch im letzten Augenblick knapp vor der Vorstellung noch abgeblieben hätte. Der Direktor wäre recht verstimmt darüber.

Herrera hörte Worte — Worte —. Er zog das Seidenhemd an, knüpfte sich die Schärpe. Er legte eine Spur von Schminke auf die Wangen, zog mit dem Stift die Brauenlinie nach. Aber er fand, als er so in den Spiegel sah, keinen Zusammenhang zwischen sich und dem Bild des kostümierten angeamalten Mannes, das ihm da aus dem Glas entgegensah.

Er dachte wiederum — und wollte sich damit zur Ruhe bringen: Nur heute noch — nur noch dies eine Mal —! Und war Sekunden später hingekommen von der einen ungeliebten Fraue: Was dann?

Die Eisentür klappte, und der Anstößler stieg so wie allabendlich den Kopf herein: „In fünf Minuten, Senator!“

Herrera nickte in den Spiegel: „Nun laßt!“

Und wie allabendlich rollte dann auch das andere ab.

Der Wagen mit dem unteren Horn wurde in die Manege geschoben und von Franz und den Dienern genau nach den Marken ausgerichtet und besetzt. So in den Miesentressen der Zuschauer rings um nun Scharren und Stimmengewirr und Unrast waren, da wurde jetzt lautlose Stille. Nun sollte sich das Unerwartete wieder ereignen, Spannung und Bier schweißten die tausendköpfige Menge wieder zu jenem einen Tier, das sich am Hauber der Gefahr erregte, in dem die tausend grausamen Instinkte vergangener und primitiver Vorfahren sich aufgeweckt erhoben —!

Jetzt standen die Stallknechte, die Diener und die Pagen im Spalier; dünn und doch hörbar bis hinauf in diese höchsten Ränge schah ein Glanzzeichen in die Stille, und oben im Orchester schlug ein Taktstock an, und der Ferreromarsch aus „Carmen“ setzte dann ein.

In die Manege aber trat der Mann, der diese Spannung schuf und hielt, der die Tausende mit diesem Mann besetzte, daß ihre Augen sieberhaft und gierig wurden, daß ihre Hände kalt und feucht die Armelehnen und Brustungen umarmten: Peter Herrera — der Herr des Todes.

Gleich war er, und sein Blick suchte die Menge nicht, ging in die Weite.

Er zog seinen Sombbrero — Händeklappen brach herein. Er achtete es nicht.

Jetzt hatte Franz ihm Hut und Mantilla abgenommen.

Herrera prüfte selbst den Stand des Wagens, probte die Festigkeit der Drahtseile, die ihn an den Flaschenzügen der Piste hielten. Aber er fühlte dabei das Beben seiner Hände an dem kalten Metall, fühlte, wie er so ging, das Zittern seiner Kniekehlen und Waden. Mit allem Willen, aller Kraft zwang er sich, ruhig zu erscheinen —

Er wies hinauf in diese Höhe — er deutete auf die untere Bahn — und lächelte — Und dabei schluckte seine Kehle wie im Krampi, er dachte: Nur dies eine Mal noch — nur dies eine Mal — dann bis du frei —!

Das eine letzte Wort setzte sich fest — kam immer wieder wie der Pulsschlag seines Blutes: Frei — — frei — —. Er konnte sich nichts dabei denken.

Jetzt kam das Seil aus dieser Höhe nieder und hinauf knarrte neben ihm.

(Schluß folgt.)

Bekanntmachung.
Der auf Mittwoch, den 26. Oktober d. J., festgesetzte Kram-, Rindvieh- und Schweinemarkt wird abgehalten.
Nastätten, den 12. Oktober 1921.

Der Bürgermeister: Wasserloos.

Bekanntmachung der Nassauischen Kleinbahn.
Mit Wirkung vom 26. Oktober 1921 tritt ein neuer Fahrplan in Kraft. Nähere Auskunft erteilen die Dienststellen.
Berlin, im Oktober 1921.
Nassauische Kleinbahn, Aktiengesellschaft.

Von der Reise zurück!
K. Rausch, Dentist
(20jährige Fachtätigkeit)
Sprechstunden:
Werktags: 9—1 und 2—5 Uhr;
Sonntags: 10—12 Uhr.

Bevor Sie Ihre Metalle, sowie Alteisen und Guß verkaufen, fragen Sie bei uns an und Sie werden finden, daß wir die höchsten Preise zahlen.
Karl & Theodor Wagner,
Nastätten.

Ein unentbehrliches Nähr- und Kräftigungsmittel bei der Aufzucht von Ferkeln und Kälbern ist
„JECOVIN“
Zu haben bei: Georg Bleutge, Drogenhandlung, Nastätten.

Schmiedeeiserne
Mäucher-Apparate
werden in jeder Größe nach den neuesten Erfahrungen und den örtlichen Verhältnissen entsprechend preiswert angefertigt.
Fr. Loß, Schlosserei, Miehlen.

Zwei 5 Wochen alte, von deutschem Schäferhunde abstammende
Hunde
zu verkaufen. **Gustav Eickenbach**
Gredbenroth.

Sauepumpen
Rüben-Schneider
Brockelmühlen
empfiehlt billigst
Pflanz-Fabrik Wagner
Nastätten :: Rheinstraße.

Eine Sendung
Lanz-Zentrifugen
eingetroffen und gebe selbige noch zum alten Preise ab.
Karl Michel, Installationsgeschäft, Bogel
— Fernsprecher 14. —

Brillen u. Kneifer
Thermometer u. s. W.
einzelne Ersatzteile stets zu haben bei
Erich Grewe, Gaub a. Rh.

Gruben-Sand
besser als Rheinsand zum Verputzen von Gebäuden in jeder Menge.
Gruben-Ries
grob und fein für Wegebau franco Lieferung zu haben bei
Georg Meyer, Dierschied.
Telefonische Bestellungen bevorzugt.
Telefon Nr. 29.

100 Mark
Anfangslohn gebe einem ordentlichen, in Küche und Hausarbeit bewanderten Mädchen. — Auskunft im Verlag dieses Blattes.
Feinsten Romatour-Käse und Handkäse
wieder eingetroffen!
Wilh. Gill, Nastätten.

Bartcreme
Bartbinden
Bartwasser
Bartkämme
Bartklammern
empfiehlt
Damen- und Herrenfriseurgeschäft
Bernhardt
Wolfsplatz 1 :: Wolfsplatz 1
Zahn-Bürsten
Zahn-Creme
Zahn-Pasta
empfiehlt
Friseurgeschäft Anton Kern
Nastätten: Hauptstraße.

Eine Hausfrau sagt der anderen:
„J. Webe“
Seifen u. Seifenpulver
Es sind die besten!
Alleiniger Fabrikant
Job. Will. Bauer,
Dampf-Fabr., Friedentz (Lahn)
Kein Ladenlokal!
Kein Detailhandel!
Somit keine Schädigung für Wiederverkäufer.

Echter Friedrichsdorfer Zwieback
Leicht verdaulich • Herzlich untersucht und empfohlen • Hoher Nährwert • Bestes und reinstes Buttergebäck • Eigenes Fabrikat
per Paket 2.50 Mark.
Schokolade und Kakao (Marke Stollwerck und Trumpl)
Kochschokolade in Pulver (selbstfabriziert per 1/2 Pfund 4.50 Mark)
Täglich! Frisches Kaffee- u. Teegebäck Täglich!
(Torten • Kuchen • Bröckchen • Einback u. s. w.)
Schwarzen indischen Pekoe-Tee (lose u. in 1/2 u. 1/4 Pfund-Packungen)
Kognak und Liköre (Scherer und Scharlachberg)
(In 1/2, 1/4, 1/8 und Taschenflaschen mit Schraubdeckel)

Peter Haxel • Nastätten
nähe Bahnhof Konditorei und Cafe nahe Bahnhof
Annahme und Tausch von
Schafwolle und Lämmerwolle
zu la. Strickgarn. Zusendungen per Post werden prompt erledigt. Auch Verkauf von Strickgarn.
R. Hübel, Nastätten (an der evang. Kirche).
Heiz- und Beleuchtungskörper
sowie Bügeleisen in schöner Auswahl vorrätig. Glühbirnen auch bei den bekannten Verkaufsstellen.
Karl Michel, Bogel, Elektro-Installations-Geschäft